

Deutsche Wirtschaft 1984/85 - Weiterhin leichter Aufschwung, aber kein Abbau der Arbeitslosigkeit

Günter Pehl, geb. 1923, Chefredakteur der DGB-Funktionärszeitschrift „Die Quelle“, ist seit mehr als 25 Jahren wirtschaftspolitischer Mitarbeiter der „Gewerkschaftlichen Monatshefte“.

Die Volkswirtschaften der westlichen Welt erholten sich 1984 weiter von der größten Wirtschaftskrise seit den dreißiger Jahren. Als stärkste Lokomotive der Konjunktur wirkte der außerordentlich starke Wirtschaftsaufschwung in den USA, ausgelöst durch eine fast „superkeynesianische“ Politik der Nachfragebelebung und des Haushaltsdefizits („deficit spending“) - das sollte in der wirtschaftspolitischen Diskussion bei uns nicht übersehen werden. Das reale (von Preissteigerungen bereinigte) Bruttosozialprodukt wuchs in den USA 1984 gegenüber 1983 um fast 7 Prozent; im ersten Quartal war das reale Sozialprodukt sogar um ein Zehntel höher als ein Jahr zuvor.

Kräftige Expansion des Welthandels

Die wirtschaftliche Belebung in den USA, in Japan (dem anderen Vorreiter eines Wiederaufschwungs) und - mit zeitlichem Abstand - in anderen westlichen Industriestaaten führte zu einer kräftigen Expansion des Welthandels, der in der Weltrezession geschrumpft war und auch 1983 noch im Jahresver-

gleich stagnierte (bei einem Rückgang im ersten Halbjahr und einer leichten Zunahme in der zweiten Jahreshälfte). Im abgelaufenen Jahr 1984 weitete sich der Welthandel dagegen *real* um 8 bis 9 Prozent aus (genaue Zahlen lagen beim Abfassen dieses Berichts noch nicht vor).¹ Im ersten Halbjahr 1984 lag die Zuwachsrate sogar bei 11 Prozent, wobei allerdings die schlechte Ausgangsposition ein Jahr zuvor zu berücksichtigen ist.

Vom Aufschwung in den USA und von der raschen Wiederbelebung des Welthandels hat die Bundesrepublik neben Japan am meisten profitiert. Denn anders als in den Klagegeden der Arbeitgeberverbände und anderer neokonservativer Gruppierungen behauptet wird, hat die Bundesrepublik im internationalen wirtschaftlichen Wettbewerb eine starke Position. Die Tatsachen sprechen für sich: die Ausfuhr deutscher Waren in die USA stieg in den ersten neun Monaten 1984 gegenüber der gleichen Vorjahrzeit um fast 50 Prozent an; die USA rückten in der Liste unserer Kunden im Exportgeschäft an die zweite Stelle (mit einem Anteil von reichlich 9 Prozent). Insgesamt war die Ausfuhr von Waren aus der Bundesrepublik im gesamten Jahr 1984 um rund 14 Prozent, *real* um 10 Prozent größer als 1983.²

Export war stärkster Konjunkturmotor

Der Export war 1984 der stärkste Motor der wirtschaftlichen Belebung in der Bundesrepublik. Von der Inlandsnachfrage gingen dagegen nur schwache Impulse aus. Sie stieg nur um etwa ein Prozent an. Besonders schwach war der private Verbrauch. Es fehlte an Kaufkraft und infolgedessen an Nachfrage. In der zweiten Jahreshälfte wurde die Investitionstätigkeit zu einer Konjunkturstütze. Dabei standen Rationalisierungsinvestitionen - mit eher arbeitsplatzvernichtender Wirkung - im Mittelpunkt.

Dank des starken Exportwachstums nahm die gesamtwirtschaftliche Leistung - das ist das reale Bruttosozialprodukt - 1984 gegenüber 1983 um rund 2,5 Prozent zu. Auch für 1985 wird mit einem ungefähr gleich hohen realen Zuwachs des Sozialprodukts gerechnet. Dabei wird sich die Expansion der Ausfuhr abschwächen. Die Konjunkturbeobachter erwarten 1985 bereits wie-

1 Dieser Bericht wurde am 10. Dezember 1984 abgeschlossen.

2 Endgültige Zahlenangaben über die wirtschaftliche Tätigkeit im Jahre 1984 lagen im Dezember noch nicht vor. Die in diesem Bericht genannten Daten sind zum Teil eigene Schätzungen auf der Grundlage der bis zum Herbst reichenden statistischen Angaben über die tatsächliche Entwicklung, zum Teil folgenden Publikationen entnommen: Jahresgutachten 1984/85 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, November 1984.

Herbstgutachten von fünf führenden Wirtschaftsforschungsinstituten, Wochenbericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung vom 25. 10. 1984.

Prognose 1984/85 des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts des DGB, WSI-Mitteilungen, November 1984.

der eine Abschwächung des (realen) Wirtschaftswachstums in wichtigen Industrieländern - z.B. in den USA von 7 auf 3,5 bis 4 Prozent - und damit des Welthandels, der nach diesen Annahmen 1985 real nur noch um etwa 4 Prozent zunehmen wird.

Die Unternehmer in der Bundesrepublik werden 1985 erheblich mehr als in den letzten Jahren in *Ausrüstungen investieren*, wobei weiterhin die Rationalisierung als Investitionsmotiv die Hauptrolle spielt. Hauptträger der Konjunktur wird jedenfalls in diesem Jahr neben dem Export die Investitionstätigkeit privater Unternehmer sein. Die *Bautätigkeit*, vor allem im Wohnungsbau, wird dagegen 1985 schwächer sein als 1984; die Bauwirtschaft wird auf der Schattenseite der Konjunktur stehen - es sei denn, der Staat würde aktiv; doch ist dies bei dieser Bundesregierung zu erwarten? Bleibt noch *der private Verbrauch*, auf den 57 Prozent der inländischen Gesamtnachfrage entfallen. Er wird auch 1985 schwach sein und ungefähr mit der halben Zuwachsrate wie das Sozialprodukt wachsen.

Nach dem Grundgesetz - und zwar nach Artikel 109, Abs. 4 - sind Bund und Länder „zur Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts“ verpflichtet. Es ist an der Zeit, auf diese Verfassungsvorschrift aufmerksam zu machen. Denn die neokonservativen Wirtschaftspolitiker der Regierungskoalition verstoßen gegen diese Verpflichtung, deren Befolgung allerdings wohl kaum einklagbar ist. Was unter „gesamtwirtschaftlichem Gleichgewicht“ zu verstehen ist, wird sowohl im „Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“ vom 14. 8. 1963 als auch im „Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft“ vom 8. 6. 1967 definiert. Im „Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung“ sollen „gleichzeitig Stabilität des Preisniveaus, hoher Beschäftigungsstand und außenwirtschaftliches Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wachstum gewährleistet werden“ (aus dem Gesetz über den Sachverständigenrat).

Stabilität der Verbraucherpreise

Zwei von diesen wirtschaftspolitischen Zielen sind auf jeden Fall im abgelaufenen Jahr erreicht worden - und sie werden voraussichtlich auch 1985 erfüllt. So sind die Verbraucherpreise 1984 um rund 2,5 Prozent höher als 1983; einige Monate lag die Steigerungsrate sogar nur zwischen 1,7 und 2 Prozent. Dies bedeutet praktisch Preisstabilität - in der Welt, in der wir leben, ist, anders als in Lehrbüchern, mehr „nicht drin“. Das außenwirtschaftliche Gleichgewicht wurde mit einem Überschuss in der Leistungsbilanz von etwa 15 Mrd. DM ebenfalls erreicht. Der Außenhandelsüberschuss betrug sogar rund 50 Mrd. DM.

Jeder zehnte als arbeitslos registriert

Von dem dritten wirtschaftspolitischen Ziel „hoher Beschäftigungsstand“ dagegen ist die Bundesrepublik weit entfernt - und deswegen ist außerdem die Forderung nach „angemessenem Wachstum“ auch nicht erfüllt. Die jahresdurchschnittliche Zahl der bei den Arbeitsämtern registrierten Arbeitslosen betrug 1984 rund 2,27 Millionen. Das waren sogar etwas mehr als 1983. Auch für 1985 ist keine nennenswerte Abnahme der Arbeitslosigkeit zu erwarten. Rechnet man die „stille Reserve“ an Arbeitslosen hinzu - Personen, vor allem Frauen und Jugendliche, die gerne arbeiten möchten, von den Arbeitsämtern aber weder Stellen nachgewiesen noch Unterstützung erhalten - ,dann erhöht sich die Arbeitslosenzahl sogar auf rund 3,5 Millionen, und zwar nach einer Untersuchung des der Bundesanstalt für Arbeit angeschlossenen Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB).

An der Bewertung der Arbeitslosigkeit scheiden sich die Geister

An der Bewertung der hohen Arbeitslosigkeit scheiden sich die Geister. Die einen sagen: Immerhin wurden zwei von drei wirtschaftspolitischen Zielen erreicht, mehr ist nicht zu machen, in fast allen westlichen Industrieländern besteht hohe Arbeitslosigkeit mit meist höheren Arbeitslosenquoten als bei uns. In der Europäischen Gemeinschaft waren z.B. Ende Oktober rund 12,8 Millionen Arbeitslose registriert, das bedeutet eine Arbeitslosenquote von 11,4 Prozent.

Die anderen argumentieren: Preisstabilität und außenwirtschaftliches Gleichgewicht sind Teile der Rahmenbedingungen, die Voraussetzung für den Abbau der Arbeitslosigkeit sind. Diese Rahmenbedingungen hat die gegenwärtige Bundesregierung geschaffen; das ist ihr Verdienst. Nunmehr werden die Unternehmer soviel investieren und die Wirtschaft wird so stark wachsen, daß die Arbeitslosigkeit in wenigen Jahren bis auf einen unvermeidlichen Rest abgebaut ist. Dies ist die offizielle Bonner Argumentation.

Die beste Wirtschaftsbilanz taugt nichts, solange 3,5 Millionen ohne Arbeit sind

Einer dritten Gruppe nun ist die beste volkswirtschaftliche Bilanz nichts wert, solange 3,5 Millionen Menschen arbeiten möchten, aber keinen Arbeitsplatz finden können, weil es nicht genügend gibt. Und eine Wirtschaftspolitik, für die das Beschäftigungsziel nicht Vorrang hat, die nicht in erster Linie auf die Beseitigung der Arbeitslosigkeit ausgerichtet ist - auch wenn dadurch die anderen wirtschaftspolitischen Ziele nicht ganz so gut wie gegenwärtig erfüllt werden können -, ist abzulehnen. Sie liegt nämlich nicht im Interesse der

betroffenen Menschen und der Gesellschaft, denn es kann, wie die geschichtliche Erfahrung lehrt, eine gefährliche Sprengkraft darin liegen, wenn jedem achten ein Arbeitsplatz verweigert wird, darunter vielen Jugendlichen, die entweder nicht einmal einen Ausbildungsplatz finden oder nach der Ausbildung nicht weiterarbeiten können. Ohnehin belegen alle Jugendstudien, daß die Jugend den Staat immer weniger als zuständige Instanz akzeptiert. Was ist ein Wirtschaftssystem wert, das zum „Maß aller Dinge“ gemacht wird und in dem die Wirtschaft nicht mehr dienendes Instrument für die Menschen ist?

Der DGB gehört zu jenen, denen es darum geht, daß alle Menschen ein sinnvoll erfülltes Leben haben - und dazu zählt die Arbeit -, und daß unser demokratisch-freiheitliches Gesellschaftssystem nicht gefährdet wird. Bundeskanzler Kohl beklagt, daß die Gewerkschaften ihm nicht für das Erreichen der (relativen) Preisstabilität Beifall spenden. Doch so begrüßenswert wie dies an sich ist, so kann die Preisstabilität nur im Zusammenhang mit dem wirtschaftspolitischen Ziel der hohen Beschäftigung betrachtet werden. Aus diesem Blickwinkel ist die niedrige Preissteigerungsrate vor allem Ausdruck einer zu schwachen Massenkaufkraft, die dazu führte, daß die private Verbrauchernachfrage 1984 nur um etwa 1 Prozent steigen konnte. Hohe Arbeitslosigkeit und rigorose Kürzungspolitik in den öffentlichen Haushalten mit Abbau von Sozialleistungen, Stellenstreichungen und Kürzen von öffentlichen Aufträgen haben die Massenkaufkraft erheblich geschwächt. Ist es da verwunderlich, daß die Verbraucherpreise nur noch wenig steigen?

Rahmenbedingungen für Unternehmer günstig wie selten zuvor

Andererseits sind die Rahmenbedingungen für die Unternehmer so günstig wie selten zuvor: Zur (relativen) Preisstabilität kommt das außenwirtschaftliche Gleichgewicht, auch als Folge der starken Wettbewerbsposition der deutschen Wirtschaft auf den Weltmärkten - nicht zuletzt wegen der verantwortungsvollen Tarifpolitik der deutschen Gewerkschaften. Außerdem verzeichnen die Unternehmen durch weit überdurchschnittlich expandierende Gewinne, Steuerentlastungen und sinkende Zinsen eine gute Ertragslage. Hinzu kommt die Konsolidierung der Staatsfinanzen.

Die Kernthese der sogenannten neokonservativen Angebotspolitik, auf die sich auch die Bundesregierung festgelegt hat, lautet, daß günstige Rahmenbedingungen für die Unternehmer die Voraussetzungen für hohe Investitionen, für ein starkes Wirtschaftswachstum und einen befriedigenden Abbau der Arbeitslosigkeit sind. Diese Rahmenbedingungen sind, wie erwähnt, erfüllt. Sie wurden nicht erst seit dem Regierungswechsel Anfang Oktober 1982 ständig verbessert^sondern bereits unter der sozialliberalen Regierung seit 1981.

Mißerfolg der Angebotspolitik

Nachdem die Angebotspolitik seit mindestens drei Jahren praktiziert worden ist, kann der Mißerfolg dieser Politik festgestellt werden. Trotz bester Rahmenbedingungen hat sich die registrierte Arbeitslosigkeit von 1981 bis 1984 fast verdoppelt, und sie nahm vom Oktober 1982, als Helmut Kohl Bundeskanzler wurde, allein um rund 400000 zu. Dies, obwohl die weltwirtschaftliche Entwicklung die einzigartige Chance bot, die Arbeitslosigkeit kräftig abzubauen: Als Kohl die Regierungsmacht übernahm, befand sich die Weltwirtschaft im Tiefpunkt ihrer schwersten Krise seit den dreißiger Jahren; hiervon erholte sie sich in den letzten zwei Jahren rasch, so daß der deutsche Export sich 1984 um real 10 Prozent ausweiten konnte.

Daß sich die Wirtschaft der Bundesrepublik nach der weltweiten Rezession rasch erholte, ist in erster Linie auf nachfrageorientierte Entscheidungen zurückzuführen. 1983 wirkte sich z. B. die noch von der Bundesregierung Helmut Schmidt beschlossene Investitionszulage belebend auf die Investitionstätigkeit aus; sie hat sich sogar noch 1984 auf die Bauinvestitionen fördernd ausgewirkt. Und schließlich wäre die wirtschaftliche Belebung in der Bundesrepublik viel schwächer gewesen, wenn nicht in den USA eine expansive Politik des Haushaltsdefizits und der Nachfragebelebung betrieben worden wäre - was immer man sonst gegen solche Politik einzuwenden hat.

Ohne ausreichende Verbrauchernachfrage keine neuen Arbeitsplätze

Jedenfalls hat sich die neokonservative Angebotspolitik nicht bewährt. Sie hat vielmehr dazu geführt, daß der Staat Hunderttausenden sonst möglich gewordene Arbeit verweigerte. Hier soll nicht einer simplen Nachfragepolitik das Wort geredet werden. Sicherlich war es richtig, die Rahmenbedingungen für die Unternehmen zu verbessern und in den öffentlichen Haushalten zu sparen. Aber es kommt immer auf das Ausmaß an. „Typisch deutsch“, möchte man sagen, wurden in der Bundesrepublik die Verbesserung der Rahmenbedingungen, besonders das Erreichen der Preisstabilität sowie das Sparen in den öffentlichen Haushalten zum Selbstzweck, zum Dogma erhoben. Die Binsenweisheit, daß eine Volkswirtschaft nicht ohne ausreichende Nachfrage, vor allem Verbrauchernachfrage, auskommen kann, wurde von den Ideologen der Angebotspolitik vergessen.

Finanzplanung rechnet mit anhaltender Massenarbeitslosigkeit

Die hier vorgetragene Auffassung deckt sich im Kern mit der Meinung, die Professor Dieter Mertens als Minderheitsvotum in das Jahresgutachten 1984/85 des Sachverständigenrats hat aufnehmen lassen (Textziffer 339); seine

vier Ratskollegen vertreten die angebotspolitische Konzeption. In dem Minderheitsvotum heißt es unter anderem:

„Die Bedeutung, die der Behutsamkeit bei staatlichem und tarifpolitischem Handeln und überhaupt den Angebotsbedingungen auch in der gegenwärtigen Lage grundsätzlich zukommt, soll keineswegs verkannt werden. Wer jedoch ausschließlich hierauf setzt, wird der außerordentlichen Herausforderung, welche die Beschäftigungsfrage jetzt und auf absehbare Zeit darstellt, nicht gerecht. Es kann mit einer solchen Grundlinie allein die Frage nicht beantwortet werden, wie gleichzeitig mit den anderen wirtschaftspolitischen Zielen auch ein hoher Beschäftigungsstand gewährleistet werden kann.“

„Die Arbeitsmarktlage hat sich noch bis in das Jahr 1984 hinein verschlechtert, und trotz günstiger Wirtschaftsperspektiven kann niemand ... für die kommenden Jahre allein aus der weiteren Verbesserung der Rahmenbedingungen und Produktionsvoraussetzungen heraus eine durchgreifende Änderung zum Guten verheißen. Die (amtliche) mittelfristige Finanzplanung rechnet bei Fortsetzung des gegenwärtigen Wachstumspfades noch auf Jahre hinaus nur mit einer so geringfügigen Anhebung des Beschäftigungsstandes, daß keine nennenswerte Verringerung der Arbeitslosigkeit daraus folgt; eine Aussicht, die realistisch, wenn nicht sogar eher optimistisch sein könnte.“

Angebotspolitik überprüfen!

Außerdem heißt es bei Mertens: „Das anhaltende beschäftigungspolitische Dilemma gibt deshalb Anlaß, nun auch streng angebotspolitische Auffassungen zu überdenken, so wie streng nachfragepolitische Gedankenführungen seit den Erfahrungen der siebziger Jahre kritisch überprüft werden.“

„Da die Beschäftigungslage weiterhin ganz unbefriedigend bleibt ..., sollten Beiträge, welche von einer gezielten Beschäftigungspolitik, etwa durch Umweltschutzaktivitäten und durch arbeitszeitpolitische Strategien geleistet werden können, begrüßt werden, zumal angesichts der erreichten Konsolidierung, Stabilität und Rentabilität wieder politischer Bewegungsraum gegeben ist.“

Mertens schließt sein Minderheitsvotum mit der Feststellung ab: „Immerhin ist der langgezogene Aufschwung der späten siebziger Jahre durch eine pragmatisch gebündelte wirtschaftspolitische Aktivität mit erheblichen nachfragepolitischen Elementen ausgelöst und befördert worden. Das gleiche gilt für den jüngsten amerikanischen Aufschwung, und übrigens auch ... für die (bescheidenen) jüngsten Erfolge bei der Stabilisierung der Arbeitsmarktlage bei uns.“

Arbeitskampf führte nicht zum Einbruch

Im vergangenen Jahr kam es um die gewerkschaftliche Forderung nach einer Verkürzung der Wochenarbeitszeit in der Metall- und der Druckindustrie zu den härtesten Arbeitskämpfen seit Bestehen der Bundesrepublik. Entgegen den während des Arbeitskampfes aufgestellten Behauptungen der Arbeitgeber und der Bundesregierung hat der Arbeitskampf - bei dem viel mehr Arbeitnehmer (direkt und indirekt) ausgesperrt wurden als gestreikt haben -, auf das ganze Jahr bezogen, zu keinem Konjunkturunbruch geführt. Zwar ging die jährliche Zuwachsrate des realen Sozialprodukts von 3,9 Prozent im ersten Vierteljahr 1984 auf nur noch 0,5 Prozent im zweiten Quartal zurück. Indessen hatte sich die Konjunktur im Frühjahr 1984 bereits ohne Arbeitskampf abgeschwächt, so daß die Zuwachsrate ohnedies niedriger als im ersten Vierteljahr ausgefallen wäre. Nach dem Arbeitskampf wurden die Ausfälle rasch und weitgehend aufgeholt. Im besonderen Maße kam es bei den Investitionen der privaten Unternehmen zu einem Schub. In der zweiten Jahreshälfte 1984 war die gesamtwirtschaftliche Leistung wieder um fast 3 Prozent größer als vor Jahresfrist.

1984: 2,5 Prozent reales Wachstum

Insgesamt stieg das reale Bruttosozialprodukt im vergangenen Jahr gegenüber 1983 um rund 2,5 Prozent. Berücksichtigt man den Preisanstieg, dann ergibt sich eine *nominale* Zuwachsrate von rund 4,7 Prozent. Damit wurde 1984 in der Bundesrepublik ein Bruttosozialprodukt von rund 1750 Mrd. DM erwirtschaftet.

Die Produktivität war auch 1984 höher als die gesamtwirtschaftliche Leistung. Je Beschäftigten hat die Produktionsleistung um rund 3 Prozent zugenommen, je Erwerbstätigenstunde sogar um etwa 3,3 Prozent. Infolgedessen wurde das - um 2,5 Prozent gestiegene - reale Bruttosozialprodukt von einer um annähernd 100000 Personen verminderten Zahl von Erwerbstätigen erbracht. Wenn dennoch die Zahl der bei den Arbeitsämtern registrierten Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt 1984 mit rund 2,27 Millionen ungefähr gleich hoch geblieben war wie 1983, dann war dies unter anderem auch darauf zurückzuführen, daß offenbar eine beträchtliche Anzahl von Ausländern von der finanziell geförderten Möglichkeit zur Rückwanderung Gebrauch gemacht hat; Ende Oktober 1984 waren 11 Prozent weniger Ausländer als arbeitslos registriert worden als ein Jahr zuvor, obwohl sich die Gesamtzahl der Arbeitslosen kaum verändert hatte.

1985 unverändert hohe Arbeitslosigkeit

Die Wirtschaftsforschungsinstitute nehmen ebenso wie das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut des DGB (WSI) an, daß sich 1985 die Zahlen der beschäftigten Arbeitnehmer (21,85 Millionen) und der registrierten Arbeitslosen (2,28 Millionen) gegenüber 1984 kaum verändern werden. Daß die Arbeitslosenzahl nicht wieder steigt, dürfte vor allem an den Auswirkungen der tariflich vereinbarten Arbeitszeitverkürzungen und Vorruhestandsregelungen sowie an einer weiteren Abwanderung ausländischer Arbeitskräfte liegen. Der Sachverständigenrat hat allerdings die Voraussage einer Zunahme der Beschäftigtenzahl in diesem Jahr um etwa 200000 gewagt - eine sehr optimistische Prognose, die von den Wirtschaftsforschungsinstituten ebenso wenig geteilt wird wie die von den Sachverständigen vorgetragene Annahme eines realen Sozialproduktzuwachses im Jahre 1985 von 3 Prozent, in der zweiten Jahreshälfte 1985 sogar von 3,5 Prozent.

1985 ein reales Wachstum von rund 2,5 Prozent?

Dagegen rechnen die Wirtschaftsforschungsinstitute nur mit einem realen Wachstum von 2 Prozent, bei allmählicher Abschwächung im Jahresverlauf (erstes Halbjahr: 2,5 Prozent, zweites Halbjahr: 1,5 Prozent). Die Ende November veröffentlichte Investitionsumfrage des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung (vorgenommen im August/September) rechtfertigt allerdings eine etwas günstigere Prognose. Eine reale Wachstumsrate von rund 2,5 Prozent vorauszusagen, erscheint nach den neuesten Daten als durchaus realistisch. Aber auch in diesem Falle würde die Arbeitslosigkeit nicht abnehmen.

Dafür spricht auch, daß die Mehrheit der befragten Firmen mit ihren Investitionen vor allem rationalisieren und die Produktion kostengünstiger gestalten will. Die Investitionen werden also kaum zu neuen Arbeitsplätzen führen. Auf Grund der Umfrage kann in diesem Jahr mit einer Zunahme der Industrieinvestitionen von real 8 Prozent gerechnet werden - nach einer realen Steigerung von gut 2,5 Prozent im Jahre 1984. In der gesamten Wirtschaft ist 1985 eine Steigerung der realen Ausrüstungsinvestitionen um 6 bis 7 Prozent möglich. Dieses Wachstum wird zu einer starken Konjunkturstütze werden.

Expansion bei den Ausrüstungsinvestitionen - Stagnation der Bautätigkeit

Ganz anders sieht es bei den Bauinvestitionen und in der Bauwirtschaft aus. Gegenüber 1983 sind die Wohnungsbauaufträge in der Zeit Januar/September um fast ein Fünftel zurückgegangen. Auch im Wirtschaftsbau ist ein Rückgang der Aufträge um knapp 11 Prozent zu verzeichnen gewesen, während sich 1984 noch die Gewährung der - von der Regierung Schmidt beschlossenen - Investi-

tionszulage positiv für die Bauwirtschaft ausgewirkt hat (das Jahresende 1984 war der letzte Fertigstellungstermin für die Inanspruchnahme der Zulage). 1985 ist bei den Bauinvestitionen ein Rückgang von 2 Prozent zu erwarten - jedenfalls solange nicht die öffentlichen Investitionen kräftig zunehmen, wofür zur Zeit nichts spricht. Trotz der weit vorangekommenen Konsolidierung der öffentlichen Haushalte und obwohl die Umstrukturierung der Haushalte von den konsumtiven zu den investiven Ausgaben erklärtes Ziel der offiziellen Politik ist, waren die öffentlichen Sachinvestitionen auch 1984 niedriger als 1983. Die Planungen für 1985 sehen nur eine schwache Zunahme vor, so daß sich real wenig mehr als eine Stagnation ergeben würde.

Privater Verbrauch fällt als Triebkraft aus

Die Nachfrage der privaten Verbraucher fällt auch 1985 als konjunkturelle Triebkraft aus. Die Massenkaukraft ist weiterhin zu schwach. Das gilt nicht nur für die Löhne und Gehälter, sondern auch für die Sozialrenten, die bei einer nominalen Zunahme am 1. Juli um 1,07 Prozent (nach 1,3 Prozent zum 1. Juli 1984) 1985 erneut an Kaufkraft verlieren werden. Die Wirtschaftsforschungsinstitute rechnen für 1984 nur mit einer realen Zunahme des privaten Verbrauchs um ein Prozent und für 1985 um 1,5 Prozent.

Kaufkraft des Arbeitnehmereinkommens blieb 1984 unverändert

Sachverständigenrat und Wirtschaftsinstitute schätzen, daß die Nettolohn- und -gehaltssumme 1984 um rund 2 Prozent größer war als 1983. Die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer nahm im Jahresvergleich um 0,4 Prozent ab. Infolgedessen stieg das durchschnittliche Nettoarbeitseinkommen je Arbeitnehmer von 1983 bis 1984 um rund 2,4 Prozent. Die Verbraucherpreise stiegen gleichzeitig um 2,5 Prozent an. Die Kaufkraft der Arbeitnehmereinkommen ist 1984 also ebenso stark gewesen wie 1983. Nach vier Jahren mit sinkendem Reallohn mag man dies als einen Erfolg ansehen. Er relativiert sich aber, wenn man den Anstieg der Unternehmergewinne danebenstellt.

Leider ist die amtliche Statistik auch im 36. Jahr des Bestehens der Bundesrepublik noch immer nicht in der Lage, die reinen Unternehmergewinne auszuweisen. Sie erscheinen in der Sozialproduktrechnung zusammen mit den Vermögenseinkommen (z.B. auch Zinseinkünften) aller sozialen Gruppen als Größe „Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen“. Sachverständigenrat und Wirtschaftsinstitute schätzen, daß diese Einkommen 1984 brutto um 7 und netto (nach Abzug der Steuern) um 7,5 Prozent gestiegen sind.

Unternehmergewinne stiegen 1984 um 10 Prozent

Die reinen Unternehmergewinne sind jedoch stärker gestiegen. Der Sachverständigenrat hat, um Klarheit über die Gewinnentwicklung zu erhalten, Überlegungen angestellt und Schätzungen vorgenommen (Textziffer 176). Auf dieser Grundlage kommt man zu dem Ergebnis, daß die reinen Unternehmergewinne 1984 brutto um rund 10 Prozent und netto um 10,5 bis 11 Prozent gestiegen sind.³

Dies, nachdem die Unternehmensgewinne bereits 1983 um 14 bis 15 Prozent brutto und 15 bis 16 Prozent netto gewachsen waren. Geht man von 1981 aus - dem Jahr, in dem die Gewinne im tiefsten Krisental waren -, dann errechnet sich eine Gewinnexplosion in den letzten drei Jahren (1981 bis 1984) von - sage und schreibe - *36 Prozent brutto und rund 40 Prozent netto*. Es ist schwer zu ermitteln, wie stark die Unternehmensgewinne *real* gestiegen sind. Legt man den Anstieg der Verbraucherpreise von insgesamt 11,3 Prozent in den drei Jahren zugrunde, dann macht der reale Wert des Anstiegs der Nettogewinne rund ein Viertel aus. Ungefähr zum gleichen Ergebnis kommt man, wenn der Preisanstieg für Investitionsgüter (einschließlich Bauten) mitberücksichtigt wird. Aber die Unternehmer haben nur einen sehr geringen Teil ihrer Gewinne in ihre Unternehmen investiert, ein erheblich größerer Teil der Unternehmergewinne wurde in Wertpapieren, insbesondere auch in den USA, angelegt. Sie brachten einen hohen Realzins.

Gewinnexplosion - Reallohnverlust seit 1981

Deshalb dürften die Nettogewinne von 1981 bis 1984 *real* um mehr als 25 Prozent gestiegen sein. Vergleichen wir damit die Entwicklung der *realen* Nettolöhne und -gehälter: Nach dem vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung herausgegebenen „Statistischen Taschenbuch 1984“ waren die realen Nettoverdienste je beschäftigten Arbeitnehmer 1983 um 2,7 Prozent niedriger als 1981. Da 1984 die Realarbeitseinkommen unverändert blieben, ist auch für das vergangene Jahr ein Absinken der Reallöhne gegenüber 1981 um 2,7 Prozent festzustellen. Kein Wunder, daß die Unternehmer - und die Arbeitgeber auf ihrer Jahresversammlung Anfang Dezember - die Regierung Kohl loben und tatkräftig unterstützen. Den Arbeitnehmern dagegen sollten diese Zahlen über die skandalöse Entwicklung von Arbeitseinkommen und Gewinnen zu denken geben.

³ Für 1983 wurde auf diese Weise ein Anstieg der Unternehmergewinne um 15 Prozent vorausgeschätzt (s. dazu meinen Bericht über die wirtschaftliche Entwicklung 1983/84 in GMH, H. 1/1984, S. 51 ff., speziell S. 57). Diese Schätzung wird im neuesten Jahresgutachten des Sachverständigenrates bestätigt. Er nimmt an, daß „die Unternehmensgewinne nach ersten noch unvollständigen Ergebnissen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung um rund 14 Prozent“ angestiegen seien; die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen stiegen 1983 um 11,2 Prozent.

Auch 1985 werden Gewinne und Löhne weiterhin auseinanderklaffen. Die Wirtschaftsforschungsinstitute erwarten, daß die Nettolöhne und -gehälter insgesamt und je beschäftigtem Arbeitnehmer um jeweils etwa 3 Prozent gegenüber 1984 steigen werden, woraus sich eine Erhöhung der Reallöhne um 0,5 bis 1 Prozent ergibt. Bei den Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen nehmen sie einen Zuwachs von 7 Prozent an; die reinen Unternehmergewinne werden, sollte diese Annahme richtig sein, dann abermals um fast ein Zehntel steigen; das wären fast 7 Prozent real.

Indessen werden die Unternehmerverbände nicht aufhören zu klagen. Sie werden von der Regierung eine weitere Verbesserung der „Rahmenbedingungen“, vor allem weitere steuerliche Entlastung, fordern. Und sie werden wie bisher, vereint mit Koalitionspolitikern, die Gewerkschaften bezichtigen, „unmäßige“ Forderungen zu stellen. Damit meinen sie auch die Forderung des DGB nach einer aktiven Beschäftigungspolitik. Der DGB hat ebensowenig wie andere ein Patentrezept zur Lösung der Beschäftigungskrise anzubieten. Vielmehr ist eine gebündelte Strategie zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit vonnöten. Der DGB erwartet z.B. von der Verkürzung der Wochenarbeitszeit und von Vorruhestandsregelungen die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Und er fordert zweitens gezielte Investitionsprogramme, die beschäftigungspolitisch wirksam sind und zugleich vor allem Investitionen in den Umweltschutz enthalten.

Öffentliche Sachinvestitionen real um 25 Prozent niedriger als 1980

Viel wäre schon gewonnen, wenn die öffentlichen Sachinvestitionen endlich wieder den realen Stand von 1980 erreichen und überschreiten würden. Sie waren 1984 real um rund ein Viertel niedriger als 1980; das entsprach etwa 15 Mrd. DM. „Dringend erforderlich ist die Aufstockung der öffentlichen Investitionen“, stellt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung in einer Untersuchung über die Entwicklung der öffentlichen Haushalte fest.⁴ „Die relativ stabilen Baupreise sowie die schlechte Kapazitätsauslastung im Baugewerbe zeigen an, daß selbst eine kräftige Steigerung der staatlichen Baunachfrage erhebliche reale Effekte nach sich zöge und nicht in höheren Preisen verpuffen würde; zudem wären rasche Beschäftigungswirkungen zu erwarten.“ Und weiter heißt es: „Wenn die bisherige Konsolidierung nicht Selbstzweck gewesen sein soll, muß die Finanzpolitik endlich auch den Spielraum, den sie sich fraglos geschaffen hat, nutzen ... Welchen Sinn ergibt es, wenn die Finanzpolitik heute bewußt die konjunkturelle Erholung hemmt, um morgen konjunkturelle Impulse zu geben?“ Dies fragen die Wirtschaftsforscher im Hinblick auf die für 1986 bis 1988 geplanten steuerlichen Entlastungen.

⁴ Wochenbericht des DIW vom 27. 9. 1984.

Rigorese Kürzungspolitik erhöhte Arbeitslosigkeit

In demselben Wochenbericht wurde festgestellt: „Die bisherigen Konsolidierungserfolge sind teuer erkaufte worden.“ Wenn die Politik der Haushaltskürzungen nicht so rigoros gewesen wäre, wenn sich die Finanzpolitik vielmehr am Wachstum der Produktionsmöglichkeiten orientiert hätte, dann wäre der nominale Anstieg des Bruttosozialprodukts um 33 Mrd. DM oder zwei Prozent höher ausgefallen. Daraus läßt sich folgern: Die Weigerung der Bundesregierung, statt rigoroser Kürzungspolitik aktive Beschäftigungspolitik zu betreiben, hat Hunderttausenden von Arbeitslosen die Möglichkeit genommen, einen Arbeitsplatz zu erhalten.